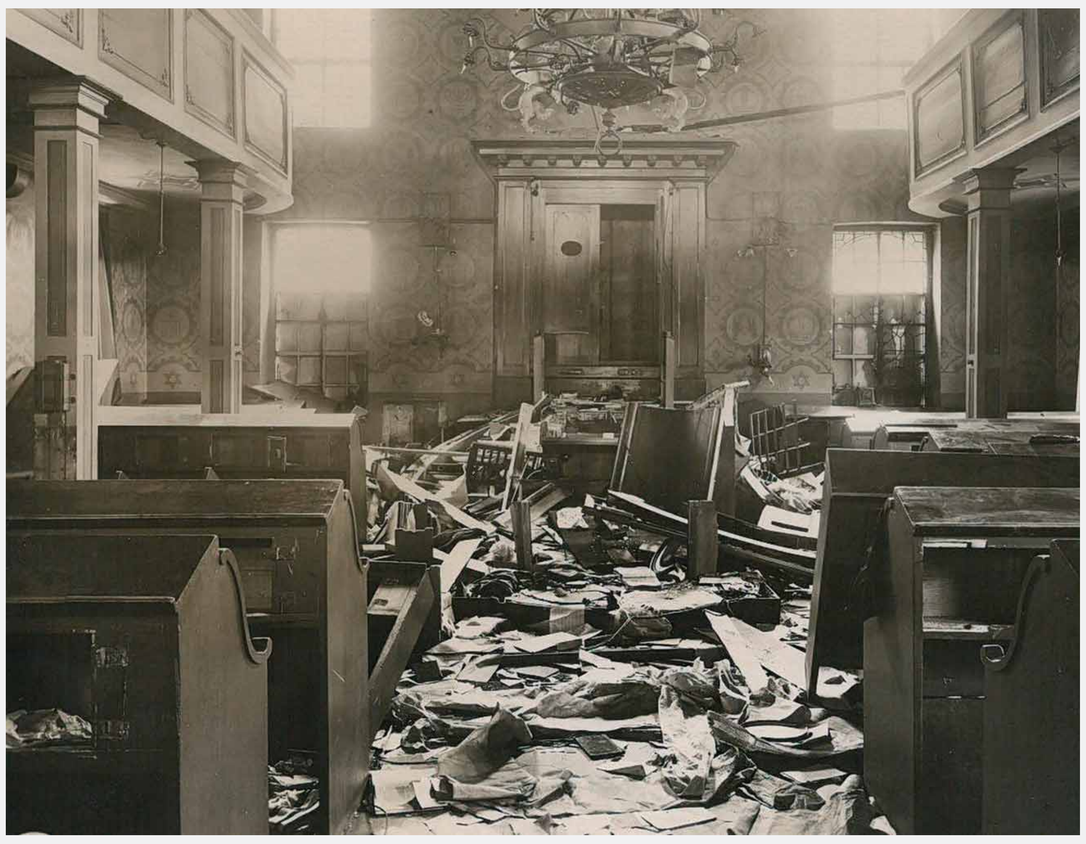
Vor 75 Jahren: 10. November 1938

Brennende Synagoge am Börneplatz, 10.11.1938
© Jüdisches Museum Frankfurt am Main

Wie bei den meisten Synagogen wird Benzin in das Innere geschüttet und damit das Gestühl in Brand gesetzt. Das Feuer greift auf den Dachstuhl über und die Fenster zerspringen. Das Mauerwerk hält dem Feuer stand.



Verwüstete Synagoge in Eschwege
© Stadtarchiv Eschwege, Nachlass Tellgmann Nr. 2500

In ganz Deutschland werden an diesem Tag

- etwa 1400 Synagogen zerstört
- tausende jüdische Geschäfte und Wohnungen demoliert und ausgeraubt
- Juden öffentlich beleidigt und geschlagen
- 30 000 Jugendliche und Männer in Konzentrationslager verschleppt.

Mindestens 400 Menschen kommen zu Tode.

In Frankfurt wird Feuer in den vier großen Synagogen und mehreren Betstuben gelegt. Angezündet werden auch die Synagogen in den Stadtteilen Bergen-Enkheim, Bockenheim, Heddernheim, Höchst und Rödelheim. Bis auf die Synagoge im Westend werden alle Synagogen, auch wenn sie nur teilweise zerstört waren, in den kommenden Jahren abgerissen.

Zuschauer beim Brand der Synagoge in Ober-Ramstadt
© Archiv des Museums Ober-Ramstadt

Mit welchen Gedanken und Gefühlen beobachten Menschen die brennenden Synagogen? Sind sie fassungslos? Stimmen sie zu? Sind sie gleichgültig?

Die Feuerwehr wird gerufen, weil Nachbarhäuser bedroht sind. Nur diese Häuser werden vor dem Übergreifen des Feuers geschützt
© Archiv des Museums Ober-Ramstadt

„Die Juddekerch brennt“

Der SA-Mann Karl Klug verweigert seine Beteiligung an der Zerstörung eines Gotteshauses
© Manuel Tiranno

Aus Höchst gibt es keine Fotos von den Zerstörungen und Ausschreitungen am 10. November. Mehrere Menschen können sich aber daran erinnern. Manuel Tiranno hat zu einigen dieser Erinnerungen Bilder gezeichnet.

Wohin hält die Feuerwehr den Schlauch?
„Gegen 7 Uhr vormittags wurde die Feuerwehr von Anwohnern alarmiert, die in der Höchster Synagoge einen Feuerschein und Rauch bemerkt hatten. Die Feuerwehr rückte daraufhin an, zumal Gefahr für die angrenzenden Altstadthäuser bestand...“
Höchster Kreisblatt, 10. November 1938
© Manuel Tiranno

Früh am Morgen des 10. November klingelt es bei dem SA-Mann Karl Klug in der Bolongarostraße 168. Vor der Tür steht der SA-Führer Karl Kreuz und fordert ihn auf, seine Uniform anzuziehen und mitzukommen. „Heut’ stecken wir die Juddekerch an“, ruft er im Treppenhaus. Karl Klug weigert sich mitzugehen. Andere SA-Männer haben keine Skrupel. Mit ihrer Unterstützung kann Kreuz die Aktion beginnen, das Gotteshaus der Juden, die Synagoge, zu zerstören.

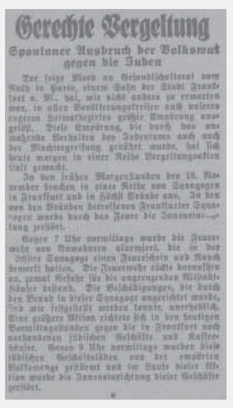
Höchster SA-Leute dringen gewaltsam in die Synagoge ein, zerschlagen die Inneneinrichtung und legen Feuer. Der Gemeindeälteste Moses Friesem versucht, Gegenstände aus der Synagoge zu retten. Er wird bespuckt und mit Steinen beworfen.

Mittags legen Höchster Einwohner und Mitglieder der Hitlerjugend nochmals Feuer. Dadurch brennt die Synagoge völlig aus. Die Feuerwehr verhindert lediglich das Übergreifen der Flammen auf die angrenzenden Häuser.

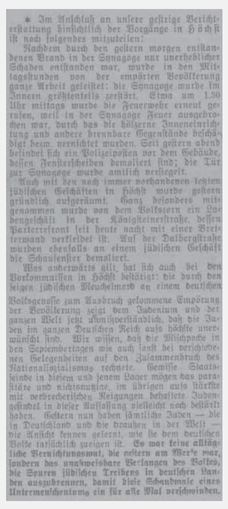
Wer nicht dabei ist, kann an den nächsten beiden Tagen ausführliche Berichte im „Höchster Kreisblatt“ lesen unter der Überschrift: „Ausbruch der Volkswut gegen Juden“.

Familie des Kantors und Lehrers Kallmann Levi. In der Mitte sitzt Moses Friesem, der Vater von Rosa Levi, ca. 1936
© Jüdisches Museum Frankfurt am Main

Kallmann Levi, seine Frau Rosa und die Tochter Else und werden 1942 aus Frankfurt in Konzentrationslager deportiert und in Theresienstadt, Majdanek und Auschwitz ermordet. Der Tochter Betty gelingt die Flucht nach Palästina. Die später deportierte Tochter Lotti überlebt die Konzentrationslager und zieht nach Australien. Moses Friesem stirbt noch vor den Deportationen in Frankfurt.



Donnerstag 10. November



11. November

Schaukasten Höchster Kreisblatt mit den Überschriften
„Gerechte Vergeltung“; „Ausbruch der Volkswut gegen die Juden“

Warum?

Boykottaktion vor dem Warenhaus Wertheim in Berlin am 1. April 1933
© Deutsches Historisches Museum, Berlin

Gut vorbereitet findet am Samstag, den 1. April 1933 ein Boykott von Geschäften statt, die von Juden betrieben werden. Wie hier in Berlin stehen SA-Posten vor den Läden und hindern Kunden am Betreten. Vorher aber lassen sie sich noch fotografieren.
Der Aufruf „Kauft nicht bei Juden“ hat Erfolg, in den nächsten Monaten kommen immer weniger Käufer in „jüdische Geschäfte“ und viele Inhaber müssen ihre Geschäfte aufgeben.

Transparent vor einem Geschäft in Glowitz (Landkreis Stolp), April 1933
Aus: K. Hesse, Ph. Springer: Vor aller Augen, Fotodokumente des nationalsozialistischen Terrors in der Provinz, Essen 2002

Junge Männer und Kinder haben sich offensichtlich gern darunter fotografieren lassen.

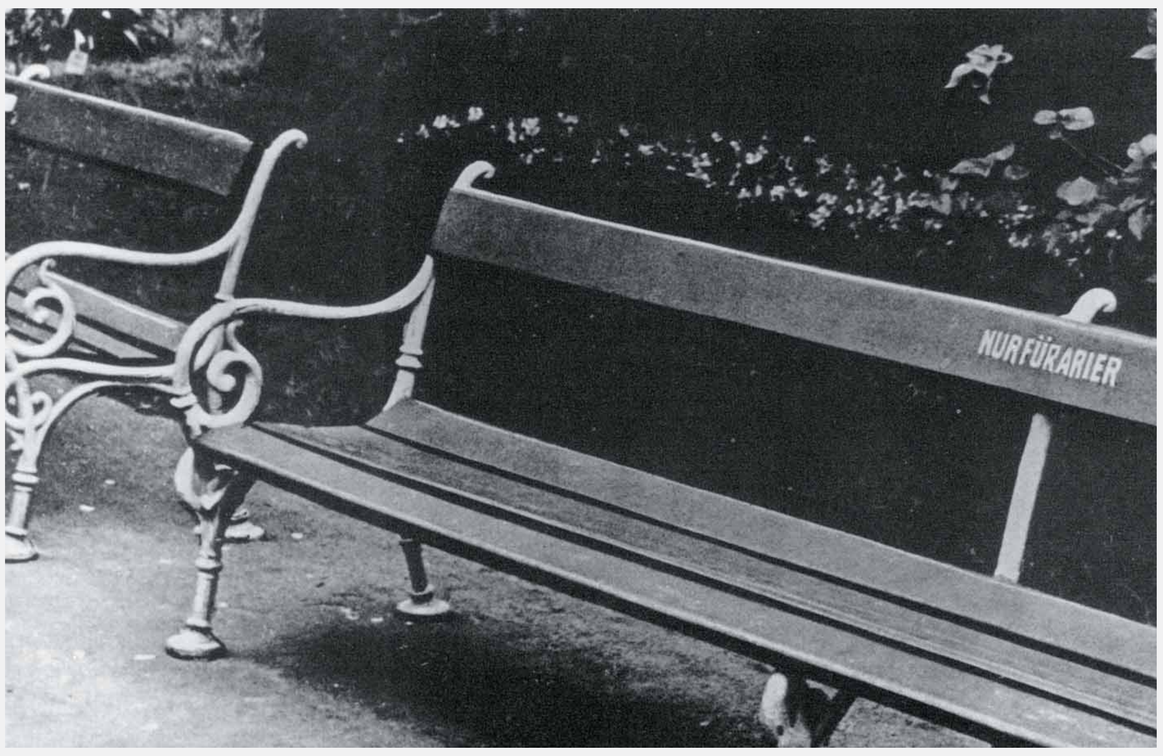
Seit fünf Jahren regiert die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) mit Reichskanzler Adolf Hitler. Die politischen Gegner – Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, viele Christen – sitzen in Gefängnissen oder sind ausgewandert, um der Verfolgung und Verhaftung zu entgehen.

Die Juden sind zu Angehörigen einer feindlichen und schädlichen Rasse erklärt worden. Sie werden aus der „deutschen Volksgemeinschaft“ ausgeschlossen und sollen dazu gebracht werden, Deutschland zu verlassen.

Aufgrund von Gesetzen und Verordnungen verlieren Juden ihre Arbeitsplätze. Sie müssen ihre Geschäfte schließen und ihre Häuser unter Wert verkaufen. Ihre Kinder dürfen nicht länger höhere Schulen und Universitäten besuchen. Vereine schließen Juden aus; von ihren Nachbarn werden sie gemieden.

Die einzelnen Maßnahmen werden genau vorbereitet und zügig umgesetzt. Dabei wird die Stimmung in der Bevölkerung beobachtet und berücksichtigt. Im Laufe der Jahre findet die judenfeindliche Politik mehr und mehr Zustimmung.

Anfang 1938 sind alle Vorbereitungen abgeschlossen, um Juden die letzten Lebensmöglichkeiten in Deutschland zu nehmen: Jüdische Schulen, Krankenhäuser, Kinder-und Altenheime werden geschlossen, ihr Vermögen vom Staat beschlagnahmt. Gesucht wird nach einem Anlass, um noch härter durchzugreifen.



Aus: Helmuth Eschwege, Kennzeichen J, Berlin-Ost 1966

Die 1935 veröffentlichten Rassegesetze unterscheiden zwischen Ariern und Juden. Diese Unterscheidung wird auch öffentlich sichtbar gemacht. Beispielsweise tragen viele Bänke in Parks und auf Straßenplätzen die Beschriftung „Nur für Arier“. Das bedeutet, dass Juden nicht darauf sitzen dürfen.

©Jüdisches Museum Frankfurt am Main

Derartige Aufkleber werden an viele Schaufenster geklebt. Sie sollen Kunden abschrecken. Was heißt eigentlich „jüdisches Geschäft“? Die große Mehrzahl der im Deutschen Reich lebenden Juden sind Deutsche.

Wie ergeht es Freunden, Nachbarn, Arbeitskollegen und Schulkameraden in Höchst nach 1933?

Schulklasse in der Höheren Mädchenschule (Lyzeum), 1931
Privatbesitz

Von den sechs jüdischen Schülerinnen in dieser Klasse besuchen 1935 nur noch zwei das Lyzeum. Die Kinder, die ab 1933 nicht mehr aufgenommen werden, müssen den weiten Weg in die jüdische Schule im Frankfurter Nordend zurücklegen.
An den Schulen weht schnell ein anderer Wind. Jüdische und sozialdemokratische Lehrer werden entlassen und Parteigenossen eingesetzt. Jüdische Kinder werden gehänselt, verspottet und isoliert. Sie dürfen nicht mehr auf die höhere Schule wechseln. Was bedeutet es für ein Kind, wenn es plötzlich gemieden, beschimpft und ausgestoßen wird?

Katharina, Josefine und Josef Schain um 1930
© Jüdisches Museum Frankfurt am Main

Maier (Josef) Schain wird 1917 in Łódź (Polen) von den Farbwerken als Arbeiter angeworben. Im September 1938 wird er als „Nicht Arier“ dort fristlos entlassen. Ende Oktober wird die gesamte Familie nach Polen abgeschoben. Die Katholikin Katharina und ihre Tochter dürfen zurückkehren, werden aber fortan von der Gestapo überwacht. Nachbarn helfen ihnen, und ein Polizeibeamter rettet die als „Halbjüdin“ geltende Tochter Josefine vor der Deportation.

Ausflug des Kegelvereins, um 1930
© Jüdisches Museum Frankfurt am Main

In den Höchster Sport-, Gesang- und Interessenvereinen fragt in den 1920er Jahren niemand nach Religion und Herkunft. Deshalb kommt es überraschend, dass fast alle Vereine schon im April 1933 den „von oben“ empfohlenen Ausschluss von „Nichtariern“, also Juden, durchführen. Aus dieser Ausflugsgesellschaft werden Leo Küchler, Ludwig Kahn und Hermann Marx von der Mitgliederliste gestrichen. Leo Küchler kann noch emigrieren, Ludwig Kahn kommt im Ghetto Łódź ums Leben, Hermann Marx stirbt an den Folgen der KZ-Haft in Buchenwald.

Dr. Franz Henle, undatiert
Privatbesitz

Nach Franz Henle ist eine Straße in Unterliederbach benannt.
Er arbeitet als Chemiker seit 1907 bei den Farbwerken. Obwohl er evangelisch getauft ist, entlässt ihn sein Arbeitgeber 1936 infolge der nationalsozialistischen Rassegesetze. Immerhin erhält er eine kleine Pension. 1943 muss er die Werkswohnung in der Paulistraße räumen. Als er 1943 nach einer Denunziation verhaftet wird, nimmt er eine Kapsel Zyankali und stirbt im Polizeirevier.

Geburtstagsfeier Malie Spier, 1932
© Jüdisches Museum Frankfurt am Main

1932 feiern jüdische und nichtjüdische Mädchen gemeinsam Malies 6. Geburtstag, ein Jahr später ist sie fast alleine. Malie ist die Tochter des bekannten Zahnarztes Dr. Spier, den viele Kinder als Schulzahnarzt kennen. Die Familie verlässt 1936 Deutschland und findet in Palästina eine Zukunft. Malie lebt in Jerusalem, ihre Schwester Eva in Haifa.

Metzgerei Baum in der Emmerich-Josef-Straße 19, um 1930
© Jüdisches Museum Frankfurt am Main

Hinter der Theke stehen Hermann Baum und sein Sohn Berthold. Baums verkaufen koscheres (gemäß den jüdischen Vorschriften geschächtetes) und nicht koscheres Fleisch und haben einen großen Kundenstamm. Hermann Baum stirbt 1932, sein Sohn Berthold übernimmt das Geschäft.
Er wird 1938 nach Buchenwald verschleppt und kann in die USA ausreisen, weil ihm sein Bruder Albert seine Ausreisepapiere überlässt. Die Mutter und die Schwestern werden ermordet.
Die Familie Weisbecker „arisiert“ Haus und Geschäft der Baums. Die Metzgerei Weisbecker gab es bis vor kurzem noch in Höchst.

Kaufhaus Lewin, Königsteiner Straße 6 um 1925
Privatbesitz

In der Königsteiner Straße, der Bolongarostraße und der Dalbergstraße gibt es zahlreiche Geschäfte ganz unterschiedlicher Art, die von Juden betrieben werden. Aus kleinen Anfängen entwickelt sich das Kaufhaus Lewin seit Anfang des 20. Jahrhunderts in der Königsteiner Straße, wo sich heute die Firma Woolworth befindet. Das Geschäft floriert, bis es nach dem Boykott im April 1933 große Verluste erleidet und 1936 geschlossen werden muss. Ein „Arier“ führt es weiter und findet wieder Kunden.
Die Eltern Lewin und die Großmutter werden deportiert und ermordet. Der Sohn Felix stirbt während eines Gefängnisaufenthalts; man hat bei ihm sozialdemokratische Zeitungen gefunden.

Dr. Julian Radt, links sitzend, seine Frau, rechts sitzend, und Freunde, undatiert
© Jüdisches Museum Frankfurt am Main

Dr. Radt ist der beliebte und geschätzte Hausarzt vieler Familien. Er engagiert sich auch als Armen- und Gemeindearzt. Ihm wird von den Nationalsozialisten die Zulassung als Arzt entzogen. Mit seiner nichtjüdischen Frau zieht er nach Frankfurt, wird dort zur Zwangsarbeit verpflichtet und stirbt im Frühjahr 1943.

Warum am 10. November 1938?

© Stadtarchiv Düsseldorf Sign. 116-100-009

Düsseldorfer Bürger betrachten auf die Straße geworfenes Mobiliar aus Wohnungen jüdischer Anwohner. Nur wenige Fotos dokumentieren die umfangreichen Zerstörungen am 10. November.

Eine durchwühlte und geplünderte Wohnküche in Steinfurt
© Stadtarchiv Steinfurt, Fotosammlung Sign. 581-01-A1004

Als Vorwand für den konzentrierten Angriff auf Juden und jüdische Einrichtungen dient die Ermordung eines Diplomaten in der deutschen Botschaft in Paris durch einen jungen Juden aus Hannover. Dieser will damit auf seine gewaltsam nach Polen abgeschobenen Eltern aufmerksam machen. Das Attentat geschieht am 7. November, am 9. November stirbt der Diplomat.
„Die Verantwortung für das Attentat trägt das Internationale Judentum“ erklärt Reichspropagandaminister Goebbels und setzt sofort bereits abgesprochene „Racheakte“ in Gang, die in einem Zusammenspiel von Zerstörungen durch SA-Einheiten und dem „berechtigten Volkszorn“ ausgeführt werden. Hitler selbst will öffentlich mit der Aktion nicht in Zusammenhang gebracht werden.

SA-Staffeln werden in Bewegung gesetzt und die Ortsgruppen der SA alarmiert. In den frühen Morgenstunden des 10. November sollen sie die Synagogen anzünden, dann durch den Ort ziehen, mit Unterstützung der Hitlerjugend Geschäfte und Wohnungen zerstören und anschließend männliche Juden festnehmen.

Die Umsetzung dieses Plans klappt erstaunlich schnell und umfassend in allen Großstädten, Kleinstädten und Dörfern.

Weil viel Glas zerbrochen wurde an diesem Tag und lange auf der Straße liegen blieb, kam die Bezeichnung „Kristallnacht“ auf. Diese eigentlich sehr anschauliche Bezeichnung wurde in den 1980er Jahren ersetzt durch „Novemberpogrom“ oder „Reichspogrom“. Der Begriff stammt aus dem Russischen und bedeutet übersetzt: Verwüstung, Zerstörung, Krawall. Er ist im Zusammenhang mit staatlich angeordneten Übergriffen auf Juden im Russland der 1880er Jahre entstanden.

Klaus Friedemann fegt vor dem elterlichen Textilkaufhaus in Orsoy (Rheinberg) die Scherben zusammen
© Stadtarchiv Rheinberg Fotosammlung 006.5.9.2 Friedemann

Die „Verordnung zur Wiederherstellung des Straßenbildes bei jüdischen Gewerbebetrieben“ vom 12. November legt fest, dass Juden die Schäden an ihren Geschäften und Wohnungen sofort zu beseitigen haben. Die Kosten dafür müssen sie selbst tragen. Versicherungsleistungen erhält der Staat.

Zerstörtes Geschäft in Steinfurt
© Stadtarchiv Steinfurt, Fotosammlung Sign. 581-01-A1004

Die Aufschrift „Rache für Rath“ findet sich an vielen Hauswänden. Ernst vom Rath ist der junge Botschaftssekretär, auf den in der deutschen Botschaft in Paris geschossen wurde.

„Ich möchte kein Jude in Deutschland sein“

Frankfurter Volksblatt

AMTLICHES ORGAN DER NSDAP FÜR DEN G[illegible]ESSEN-NASSAU

Heute Rhein-Mainische Sonntags-Zeitung

Nummer 311 — Frankfurt a. M., Sonntag, 13. November 1938 — Preis 20 Pfg.

Göring verfügt einschneidende Maßnahmen zur Ausschaltung Israels

Die Juden müssen eine Milliarde Mark Buße für Pariser Attentat zahlen

Einzelhandelsgeschäfte und selbständiger Betrieb des Handwerks vom 1. Januar 1939 ab strengstens untersagt

Frankfurter Volksblatt,13. November 1938

Im April 1938 werden alle Juden gezwungen, ihre Vermögenswerte anzugeben. Jetzt müssen sie unter Druck ihre Geschäfte und Häuser verkaufen. Das dafür gezahlte Geld wird ihnen nicht ausgezahlt, sondern beschlagnahmt.

Hermann Göring

Hermann Göring ist ein führender nationalsozialistischer Politiker. Er ist maßgeblich an der Ausschaltung und Verfolgung der Opposition beteiligt. Göring hat 1933 die Gestapo gegründet und ist verantwortlich für die Einrichtung der ersten Konzentrationslager.

Josef Goebbels

Josef Goebbels ist Reichsminister für Volkaufklärung und Propaganda. Zahlreiche antijüdische Verordnungen werden von ihm durchgesetzt.

Reinhard Heydrich

Reinhard Heydrich ist SS-Obergruppenführer und General der Polizei. Am 31. Juli 1941 wird er von Hermann Göring mit der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ beauftragt.

Wegen der während der „Kristallnacht“ entstandenen immensen Schäden, der Proteste im Ausland und zahlreicher ungelöster Folgeprobleme wird der Pogrom innerhalb der NS-Führung weitgehend als Fehlschlag gewertet. Teile der Bevölkerung regen sich besonders über die Vernichtung von Sachwerten auf. Auf einer von mehr als hundert Funktionären aus Wirtschaft, Partei und Regierung besetzten Konferenz unter dem Vorsitz von Hermann Göring, wird das weitere einheitliche Vorgehen gegen Juden besprochen. Die Beteiligten legen die Grundlage für die nachfolgende Welle von Gesetzen und Verordnungen zur Entziehung jeglicher wirtschaftlicher und sozialer Existenzgrundlagen für Juden. Zudem wird auf dieser Konferenz beschlossen, die deutschen Juden für die Kosten der „Reichskristallnacht” aufkommen zu lassen.

Zitate aus dem Protokoll der Sitzung im Reichsluftfahrtministerium am 12.11. 1938

Goebbels: *Es sind fast in allen deutschen Städten Synagogen niedergebrannt. Nun ergeben sich für die Plätze, auf denen die Synagogen gestanden haben, die vielfältigsten Verwendungsmöglichkeiten. Die einen Städte wollen sie zu Parkplätzen umgestalten, andere wollen dort wieder Gebäude errichten.*

Göring: *Wieviele Synagogen sind tatsächlich niedergebrannt?*

Heydrich: *Es sind im ganzen 101 Synagogen durch Brand zerstört, 76 Synagogen demoliert, 7500 zerstörte Geschäfte im Reich.*

Göring: *Was heißt: durch Brand zerstört?*

Heydrich: *Z.T. abgebrannt, z.T. ausgebrannt.*

Goebbels: *Ich bin der Meinung, daß das der Anlaß sein muß, die Synagogen aufzulösen. Alle, die nicht mehr vollkommen intakt sind, müssen von den Juden niedergelegt werden. Die Juden müssen das bezahlen.*

Heydrich: *Sachschaden, Inventar- und Warenschäden schätzen wir auf mehrere hundert Millionen.*

Göring: *Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.*

Heydrich: *35 Tote sind es.*

v. Krosigk: *wir müssen alles versuchen im Wege eines zusätzlichen Exportes, die Juden herauszubringen ins Ausland. Das muß doch immer das entscheidende sein, daß wir nicht das ganze Gesellschaftsproletariat hier behalten. Es wird immer eine Last sein, sie zu behandeln, die fürchterlich ist.*

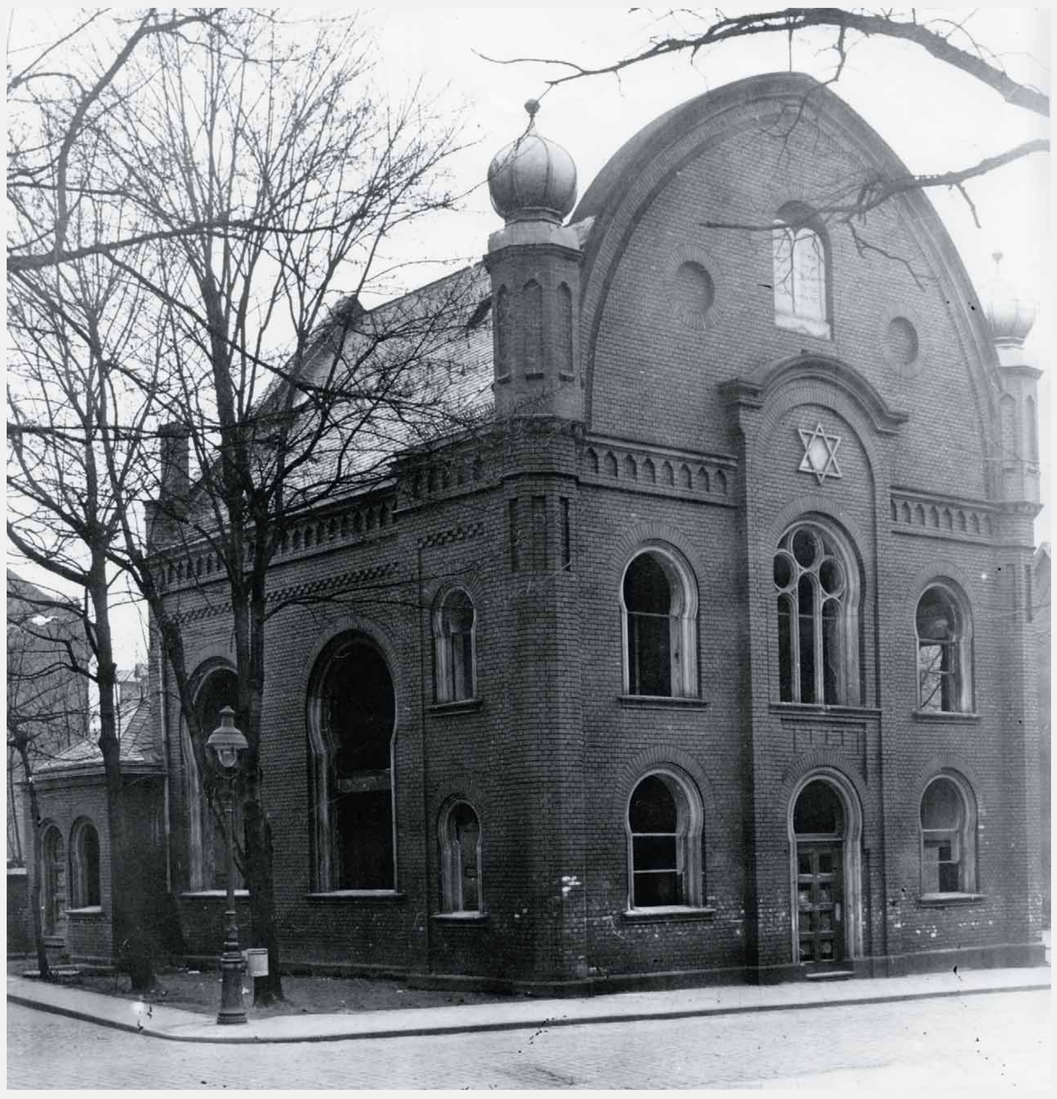
Göring: *Ich werde den Wortlaut wählen, daß die deutschen Juden in ihrer Gesamtheit als Strafe für die ruchlosen Verbrechen usw. usw. eine Kontribution von 1 Milliarde auferlegt bekommen. Das wird hinhauen. Die Schweine werden einen zweiten Mord so schnell nicht machen. Im übrigen muß ich noch einmal feststellen: ich möchte kein Jude in Deutschland sein.*

Die Zahlen werden später nach oben korrigiert. Für die Schäden müssen also die Opfer aufkommen, nicht die Täter. Eine Milliarde Reichsmark müssen die Juden als „Sühnegeld“ aufbringen „wegen der feindlichen Haltung des Judentums gegenüber dem deutschen Volk“.

„Ich habe ja die Meute gesehen, wie sie den alten Friesem mit Steinen beworfen haben...“

© Manuel Tiranno

„Ich habe ja die Meute gesehen... Von unserem Haus bis zum Gymnasium (heute Robert-Koch-Schule) haben sie gestanden, und in der Mitte haben sie den alten Friesem mit Steinen beworfen, der konnte gar nicht so schnell laufen zu seiner Wohnung in der Leverkuser Straße, das war furchtbar“. (Herr Sauer, Nied)



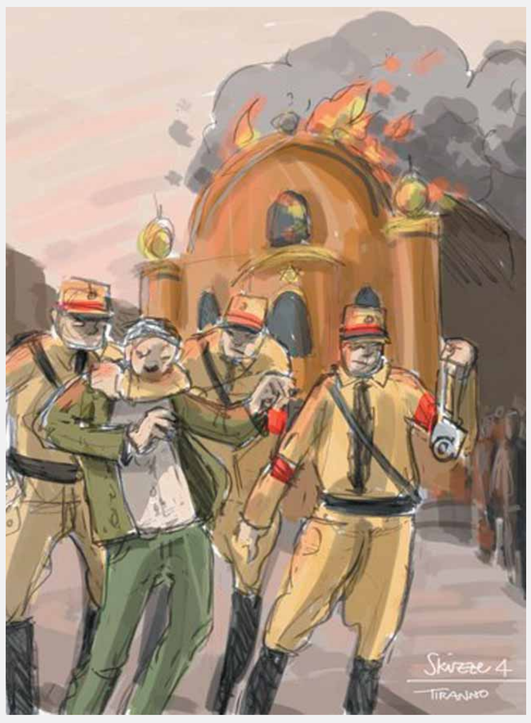
Höchster Synagoge am 10. November 1938
© Jüdisches Museum Frankfurt am Main

Das noch am 10. November vom Fotografen des Historischen Museums gemachte Foto zeigt, dass die Synagoge ausgebrannt ist; die Fensterscheiben zersprungen sind, das Gebäude selbst aber stehen geblieben ist.
Bald nach der Zerstörung meldet die Stadt Frankfurt ihr Interesse am Erwerb des Grundstücks an. In dem erzwungenen Kaufvertrag mit der Israelitischen Kultusgemeinde wird festgeschrieben, dass die Gemeinde die Abbruchkosten für die Synagoge zu übernehmen hat und der Erlös aus dem Verkauf des Grundstücks auf ein Sperrkonto zu überweisen ist. Die Bruchsteine holen sich Kleingärtner ab und befestigen damit ihre Wege.
1942 verkauft die Stadt das Grundstück an das Deutsche Reich, das den bis heute erhaltenen Luftschutzbunker errichtet.

Nur wenige Menschen berichten später, was sie am 10. November in Höchst gesehen haben. Manche Angaben sind ungenau, andere widersprechen sich. Fest steht:

- SA-Leute legen in der Synagoge am frühen Morgen Feuer
- Die Feuerwehr kommt, löscht aber nicht
- Jugendliche verfolgen Juden, spucken sie an und bewerfen sie mit Steinen
- Geschäfte von Juden werden demoliert
- Fotos dürfen nicht gemacht werden.

Viele der damaligen Täter sind bekannt. Sie leben nach 1945 unbehelligt in Höchst und betreiben u. a. Fisch- und Schreibwarengeschäfte, Druckereien, Schuhgeschäfte, Metzgereien oder eine Tanzschule.



© Manuel Tiranno

Die Angst vor privaten Fotos ist groß. Ein junges Mädchen mit einem bereits verstorbenen jüdischen Vater, Claire Morgenstern, muss eine dreistündige Hausdurchsuchung über sich ergehen lassen. Eine BDM-Führerin will sie beim Fotografieren gesehen haben.
Ein Journalist fotografiert, die Kamera wird ihm entrissen und er verhaftet.

Lotti Ettinghausen mit einer Thora-Rolle aus der Höchster Synagoge, 1991
Privatbesitz

Diese Thorarolle bringt ein Unbekannter dem letzten Gemeindevorsteher Berthold Ettinghausen in der Nacht des 10. November. Die Familie nimmt die nicht gerade handliche Rolle mit in die Emigration, zuerst nach England, dann in die USA. Sie befindet sich in der Synagoge von Boston.

„Was kann en Fahrradschlauch dafir, dass er von em Judd verkaaft werd“

© Manuel Tiranno

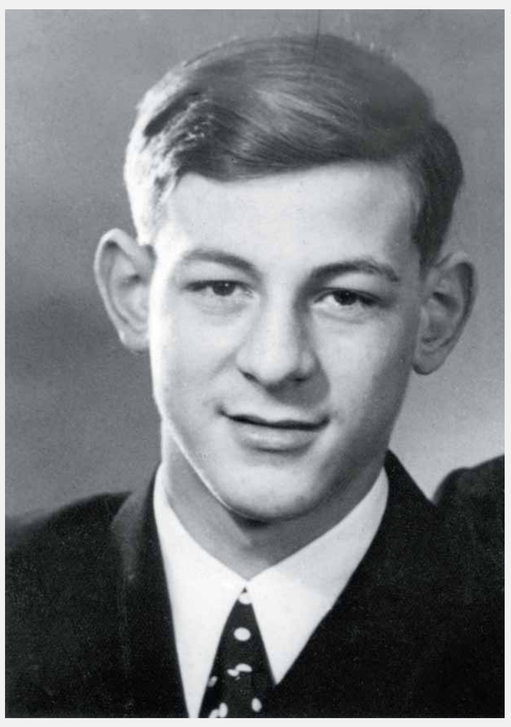
„Ich kam am 10.11. 38 vorbei und sah, dass die Scheibe von Hammerschlag mit ‚kauft nicht bei Juden’ und dem Davidstern beschmiert war. Uniformierte haben die Scheibe eingeschlagen. Von draußen haben Männer ins Schaufenster gegriffen und die Auslagen herausgeholt und zertrümmert.“

© Stadtarchiv Bamberg

Verhaftung von Juden in Bamberg am 10. November 1938. SA-Männer bringen sie in das Landgerichtsgefängnis. Von dort werden sie in das Konzentrationslager Dachau deportiert.

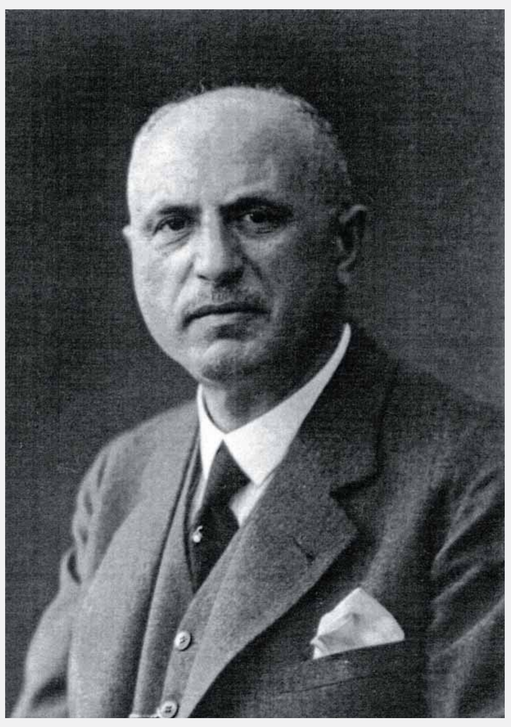
Wie vorgesehen ziehen SA-Leuten, HJ-Mitglieder und Bewohner weiter in die Königsteiner Straße und die angrenzenden Straßen, um die noch vorhandenen letzten jüdischen Geschäfte zu plündern und zu zerstören. Zwei Tage später wird die Schließung aller jüdischen Geschäfte und Handwerksbetriebe angeordnet.

Am 11. November verhaftet die Polizei fast alle männlichen Juden in Höchst. Sie werden vom Polizeirevier in die Festhalle gebracht und von dort in die Konzentrationslager Buchenwald und Dachau verschleppt. Hunger, Schläge, Krankheiten und Zwangsarbeit haben sie dort zu erleiden. Entlassen wird, wer eine geplante Auswanderung nachweisen kann.



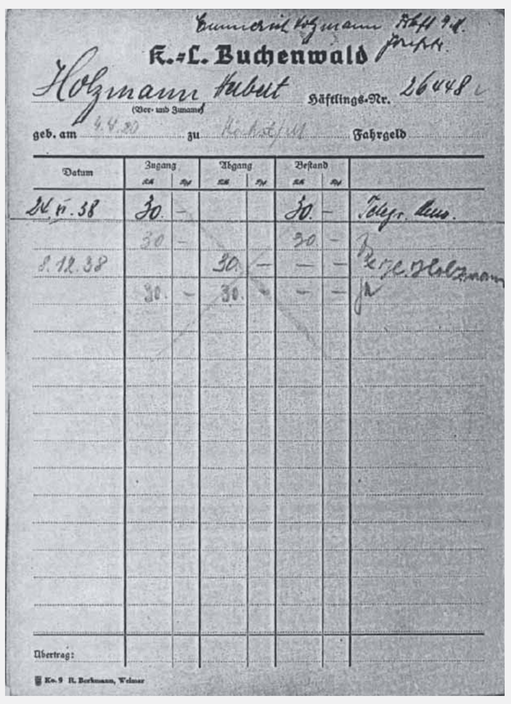
Herbert Holzmann, 1936
©Jüdisches Museum Frankfurt am Main

In Höchst verhaftet die Polizei die Männer zwischen 16 und 60 Jahren. Der damals 18-jährige Herbert Holzmann ist der Jüngste unter den Verhafteten. Er wird mit den anderen in die Festhalle nach Frankfurt gebracht und von dort in das Konzentrationslager Buchenwald deportiert. Hier wird er mit Tuberkulosebakterien infiziert und kommt schwerkrank zurück. Zusammen mit seiner Mutter kann er in die USA fliehen. Seine Erfahrungen in Buchenwald waren so furchtbar, dass er nie darüber sprechen konnte.



Dr. Carl Kahn, 1937/38
Privatbesitz

Der Arzt Dr. Carl Kahn wird ebenfalls verhaftet und nach Buchenwald deportiert. Er und seine Frau nehmen sich das Leben, als ihnen 1942 die Deportation in ein Vernichtungslager droht. Dieses Foto lag in einem Koffer, den Carl Kahn der befreundeten Familie Rossmann unmittelbar vor dem Tod in den Kleingarten stellt. Er ist für die Tochter bestimmt, die in die USA emigrieren konnte. Neben Kleidung und silbernen Bestecken enthält der Koffer auch einen Abschiedsbrief. In einem beigelegten Brief an Rossmanns schreibt Carl Kahn: „Wir wissen, was uns erwartet und gehen den Weg, den wir selbst wählen, um nicht den niedrigsten Misshandlungen und Gemeinheiten ausgesetzt zu sein“.
Der Hausrat der Kahns wird auf der Terrasse ihres Hauses in Nied versteigert; es herrscht rege Nachfrage.


K.-L. Buchenwald
Häftlings-Nr. 26448
geb. am 4.4.20 zu Kaiserslautern Fahrgeld
Datum | Zugang RM Pf | Abgang RM Pf | Bestand RM Pf
24.11.38 | 30.– | | 30.– | Telgr. Ausz.
30.– | 30.– | Erf. Holzmann
8.12.38 | 30.– | 30.– | –
30.– | 30.– | –
Übertrag:

Geldverwertungskarte von Herbert Holzmann im Konzentrationslager Buchenwald. Das Geld wurde telegrafisch überwiesen und wahrscheinlich musste er damit seine Rückreise von Weimar nach Frankfurt bezahlen.
© International Tracing Service Arolsen

Wer waren die Täter?

Aktenordner: Niemand
© Fotografie Günter Maniewski

Niemand hat sich nach 1945 dazu bekannt, mitgemacht zu haben. Die wenigen Prozesse gegen Beteiligte an den Zerstörungen am 10. November führten zu keinen oder geringen Verurteilungen.

© Medienzentrum Hanau Foto MZHU0110_C4

Versteigerung von Eigentum von Juden in Hanau.
Viele Menschen waren daran interessiert, die von Juden geführten Geschäfte oder Häuser günstig zu erwerben. In regelmäßig durchgeführten Versteigerungen erwarben sie Wäsche, Haushaltsgegenstände, Möbel und Kleidung von Juden – Gegenstände, die bei der Auswanderung oder der Deportation zurück blieben.

Den Auftrag erhält die Gestapo. Sie gibt ihn weiter an die SA, die fast überall Ortsgruppen hat. Die Hitlerjugend wird einbezogen, Jungen, die leicht für Parolen, Steineschmeißen und Zerstörung von Schaufenstern zu begeistern sind. Viele Menschen sehen zu, viele flüchten in ihre Wohnungen, wenige widersetzen sich dem Geschehen. Der Zusammenhalt in der Gesellschaft hat sich bereits weitgehend aufgelöst, aus Bürgern sind Befehlsempfänger und Mitmacher geworden.
Wir wissen heute: Die Verbrechen wurden von „ganz normalen Deutschen“ begangen. Kritik aus dem Volk richtet sich nicht gegen die Verfolgung von Menschen, sondern gegen die Vernichtung von Werten wie Lebensmitteln, Haushaltsgegenständen und Möbeln. Mitleid ist selten.

Der Pogrom wird für viele Menschen zum Ventil für Zerstörungslust und bietet die Möglichkeit, vorhandene Vorurteile auszuleben. Sie können jetzt ungehindert öffentlich agieren, denn die Zerstörung ist ja angeordnet. Der „Volkszorn“ verebbt bald. Dem Pogrom folgt die Ausraubung. Daran sind Finanzämter, Banken, Polizeistellen und die Nutznießer der jüdischen Geschäfte, Häuser und Fabriken beteiligt.

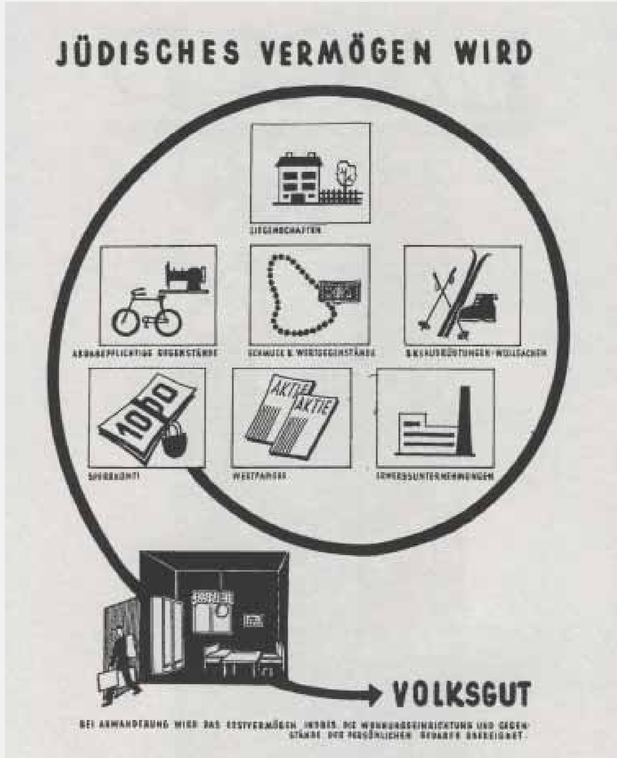
4 Gründe werden Jhnen in Zukunft den Einkauf bei uns lohnend und angenehm gestalten:

1. Das bisherige **Kaufhaus Schiff** ist ab heute ein **deutsches Unternehmen.**
2. Wir werden dasselbe in dem bisherigen Umfange fortführen und übernehmen sämtliche arischen Mitarbeiter.
3. Wir vergrößern die bedeutende Auswahl unter Beibehaltung der niedrigen Preise.
4. Wir werden alles daransetzen, die bisherigen Leistungen noch zu steigern.

Eröffnung:
Heute Freitag
14. Oktober, 16 Uhr

Conrady
Das Kaufhaus für Alle

Arisierung des Kaufhauses Schiff in Höchst durch einen Fabrikanten aus dem Rheinland.
Anzeige im Höchster Kreisblatt, 14. Oktober 1938



Aus: Fritz Bauer Institut (Hg.), „Arisierung im Nationalsozialismus, Frankfurt 2000

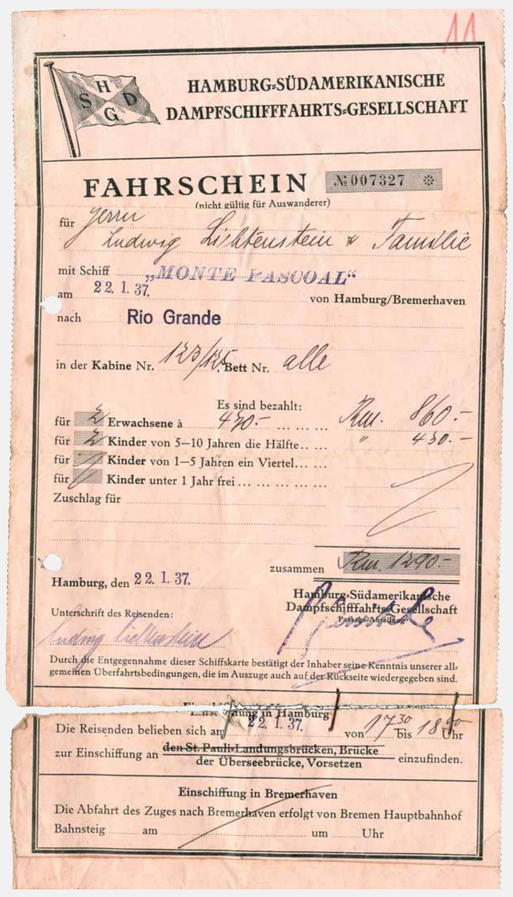
Die NS-Behörden zwangen ihre Opfer nicht nur, an ihrer Ausplünderung mitzuwirken, sondern verlangten sogar, sie in Grafiken wie dieser darzustellen.

Wozu?

Göring zum Ausland: „Was redet ihr immer von den Juden – nehmt sie!“

Aus: Die jüdische Emigration aus Deutschland 1933–1941. Die Geschichte einer Austreibung, Frankfurt 1985

Diese Fotocollage des jüdischen Fotografen Herbert Sonnenfeld von 1937 bringt Sehnsucht, Hoffnung und Enttäuschung zum Ausdruck.
Tausende warten Ende 1938/1939 auf eine Möglichkeit zur Auswanderung. Visum, Schiffskarte, Finanz- und Steuerangelegenheiten, Passbeschaffung müssen aufeinander abgestimmt und innerhalb jeweils vorgegebener Fristen geregelt werden. Das gelingt sehr oft nicht.



HAMBURG-SÜDAMERIKANISCHE DAMPFSCHIFFFAHRTS-GESELLSCHAFT

FAHRSCHEIN №007327 (nicht gültig für Auswanderer)

für Herrn Ludwig Lichtenstein + Familie

mit Schiff „MONTE PASCOAL“ am 22. 1. 37. von Hamburg/Bremerhaven

nach Rio Grande

in der Kabine Nr. 125/125 Bett Nr. alle

Es sind bezahlt:

für 2 Erwachsene à 430.– Rm. 860.–

für 2 Kinder von 5–10 Jahren die Hälfte … 430.–

für Kinder von 1–5 Jahren ein Viertel …

für Kinder unter 1 Jahr frei …

Zuschlag für

zusammen Rm 1290.–

Hamburg, den 22. 1. 37.

Hamburg-Südamerikanische Dampfschifffahrts-Gesellschaft

Unterschrift des Reisenden: Ludwig Lichtenstein

Durch die Entgegennahme dieser Schiffskarte bestätigt der Inhaber seine Kenntnis unserer allgemeinen Überfahrtsbedingungen, die im Auszuge auch auf der Rückseite wiedergegeben sind.

Einschiffung in Hamburg

Die Reisenden belieben sich am 22. 1. 37. von 17.30 bis 18.00 Uhr zur Einschiffung an ~~den St. Pauli-Landungsbrücken, Brücke~~ der Überseebrücke, Vorsetzen einzufinden.

Einschiffung in Bremerhaven

Die Abfahrt des Zuges nach Bremerhaven erfolgt von Bremen Hauptbahnhof Bahnsteig ..... am ..... um ..... Uhr

Schiffskarte für Familie Lichtenstein nach Rio Grande (Brasilien)
© Hessisches Hauptstaatsarchiv Wiesbaden

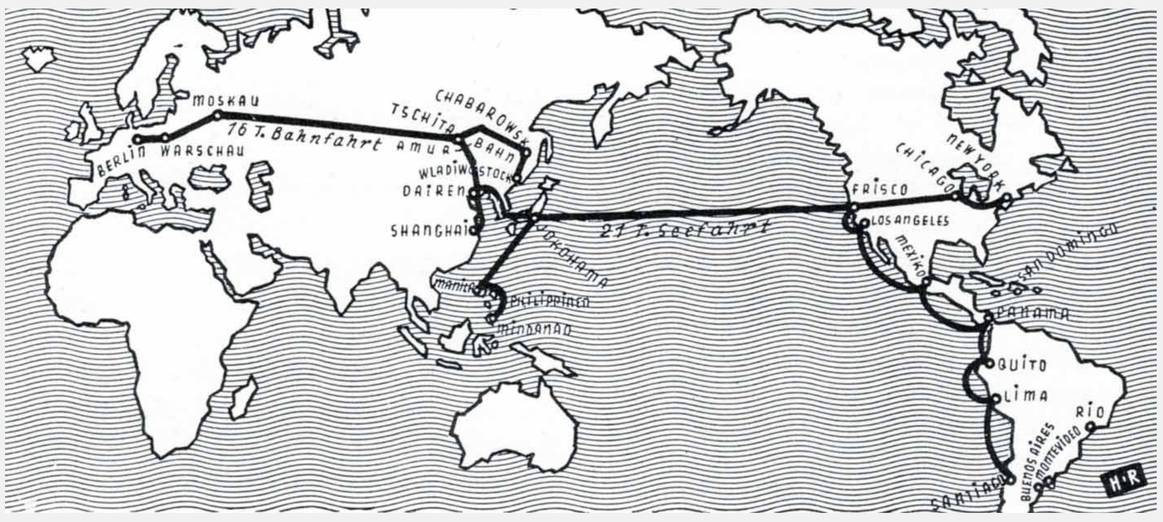
Ein solcher gültiger Fahrschein bedeutet zu dieser Zeit nicht immer Rettung. Häufig verfällt er, bis die Flüchtlinge alle anderen notwendigen Papiere zusammen haben. Oder die Abfahrt des Schiffes wird kurzfristig abgesagt.

Die Verfolgungs- und Ausgrenzungsmaßnahmen Ende 1938 sollen die Juden zur Auswanderung zwingen. Vorher wird allerdings ein möglichst großer Anteil ihres Vermögens vom Staat einbezogen.
Die Enteignung jüdischen Grund- und Immobilienbesitzes wird zwangsweise vorangetrieben und die Einführung von Zwangsarbeit geprüft. Viele Juden müssen sich regelmäßig bei der Polizei melden und nachweisen, wie weit sie mit ihren Auswanderungsbemühungen gekommen sind.

Juden bleibt nur noch die Flucht aus Deutschland. Aber dafür sind Visa erforderlich. Fast alle Länder haben ihre Grenzen dicht gemacht oder verlangen viel Geld für die Einreise. Kein Land will arme Juden aufnehmen. Die meisten Juden haben kein Geld mehr, um eine Schiffsfahrkarte zu kaufen. Sie sind auf Hilfe von Verwandten und Freunden im Ausland angewiesen. In einigen Ländern wie Großbritannien und den Niederlanden besteht noch die Bereitschaft, Kinder ohne ihre Eltern aufzunehmen. Nach Kriegsbeginn im September 1939 ist Auswanderung nahezu unmöglich und jede Flucht lebensgefährlich.

Flüchtlingskinder bei der Ankunft in London, Ende 1938
Aus: M. J. Harris, D. Oppenheimer: Kindertransport in eine fremde Welt, München 2000

Nach der „Kristallnacht“ erklärt sich die englische Regierung bereit, Kinder einreisen zu lassen. Jüdischen Hilfsorganisationen und den Quäkern gelingt es, zwischen November 1938 und Kriegsbeginn 10.000 Kinder nach England zu bringen. Sie werden überwiegend in Pflegefamilien aufgenommen. Die meisten sehen ihre Eltern nicht wieder.



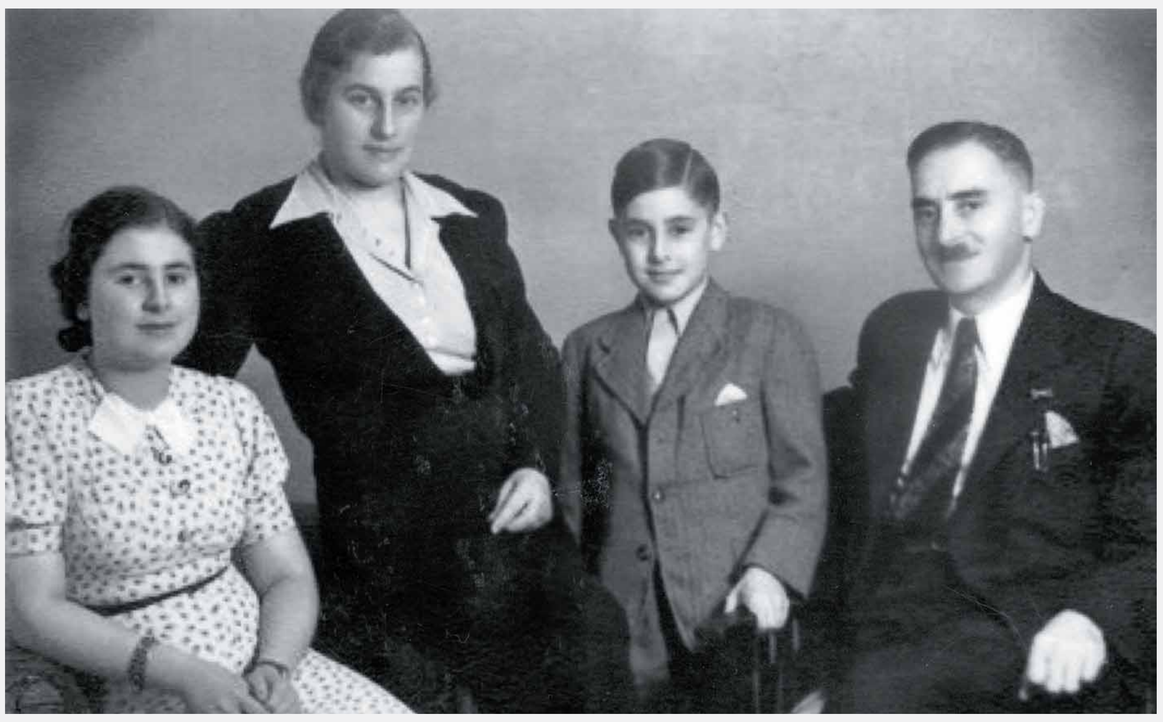
Jüdisches Nachrichtenblatt, Berlin 21.6.1940

Im Jüdischen Nachrichtenblatt werden Informationen zur Auswanderung bzw. Einwanderung in andere Länder veröffentlicht. Als während des Krieges immer mehr Schifffahrtslinien eingestellt werden, bleibt nur noch der weite kombinierte Land- und Seeweg durch die Sowjetunion und den Fernen Osten. Shanghai ist der einzige Ort in der Welt, der Juden ohne Visum aufnimmt.

„Nur noch weg, egal wohin“

Deportation von Juden in Eisenach
© Stadtarchiv Eisenach, Bestand 413 Sign. J 485.

Von der Deportation der Juden in Frankfurt gibt es keine Fotos. Die Juden müssen einzeln oder in Gruppen von einer Sammelstelle aus durch die Stadt zur Großmarkthalle in der Hanauer Landstraße gehen, dort sich einer Kontrolle unterziehen und z.B. die Hausschlüssel abgeben. Züge transportieren sie anschließend in die Konzentrationslager.

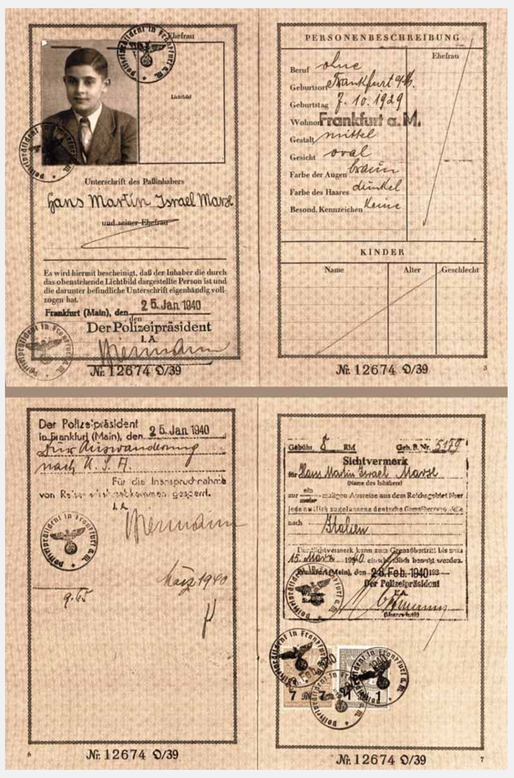


Ruth, Martha, Martin und Hermann Marx, 1939/40
© Jüdisches Museum Frankfurt am Main

Hans Marx und seine Schwester Ruth gelangen noch 1940 über Italien in die USA, der Vater Hermann Marx stirbt im Januar 1941 an den Folgen eines nicht behandelten Herzinfarkts im KZ Buchenwald. Die Mutter kommt im Juni 1941 nach: „Es war für sie ein großes Problem, ihre Eltern zurückzulassen. Sie hatte noch ein Visum bekommen, ihre Eltern nicht. Meine Mutter wurde von einem Lufthansa-Kapitän nach Madrid mitgenommen, sie war blond und blauäugig und sah nicht jüdisch aus. Für eine Reise nach New York in einem Frachtdampfer mit tausend Leuten unter Deck mußte sie 800 Dollar zahlen, das war ein Vermögen! Eine Tante hatte die Passage bezahlt, meine Mutter hat es mit 5 Dollar pro Woche zurückgezahlt.“ (Interview Hans Marx, 1989)

Auswanderung ist immer ein schwerer Schritt. Viele deutsche Juden zögern lange, ihre Heimat zu verlassen und in eine unbekannte Zukunft aufzubrechen. Das Land zu verlassen ist aber auch mit unendlichen Schwierigkeiten und hohen Kosten verbunden: Der Staat bereichert sich erheblich über Steuern, Abgaben und Beschlagnahme von Gepäck an jedem Auswanderer.
Bis zum 10. November 1938 sind etwa 60 Höchster Juden ausgewandert, 70 jüdische Männer, Frauen und Kinder leben noch in Höchst; einige weitere haben andere Wohnorte in Frankfurt gesucht.

Die Höchster Juden, die nicht mehr in ein sicheres Land auswandern konnten, werden ab Oktober 1941 deportiert. Den Stadtteil Höchst verlassen die Juden Ende 1938/39, die meisten ziehen in die Innenstadt Frankfurt. Viele gehen nicht freiwillig, aber die Hausbesitzer „entledigen“ sich ihrer jüdischen Mieter durch Kündigung. Deshalb lautet eine häufig gegebene Antwort: „In Höchst wurde doch niemand abgeholt“. Mindestens 100 Höchster Juden werden in Minsk, Riga, Auschwitz, Ravensbrück und anderen Konzentrationslagern ermordet.



Reisepass des elfjährigen Hans Martin Marx
Privatbesitz

Seit Oktober 1938 werden alle Pässe von Juden mit „einem Merkmal versehen, das den Inhaber als Juden kennzeichnet“. Als Merkmal wird ein drei cm hohes rotes J festgelegt. Ab Januar 1939 müssen Juden einen zusätzlichen „jüdischen“ Vornamen wie Sara und Israel annehmen.

Bolongarostraße 132

Königsteiner Straße 3b

Seit 2006 werden in Höchst – wie in vielen anderen Orten – vor dem letzten frei gewählten Wohnort von Ermordeten sogenannte Stolpersteine verlegt. In Höchst liegen bereits über 90 kleine in den Bürgersteig eingelassene Messingplatten.

Ist das alles nur Geschichte?

80 Jahre ist es her, dass in Deutschland Juden; Sinti und Roma, Homosexuelle, religiöse und politische Gegner der Nationalsozialisten gewaltsam durch Regierungsverordnungen und mit Unterstützung und Beteiligung großer Teile der Bevölkerung verfolgt, vertrieben und ermordet wurden.

Auch heute noch werden Menschen wegen ihres Aussehens, ihrer Herkunft oder ihrer Religion diskriminiert, gibt es in der Bevölkerung einen Alltagsrassismus, ist die Neigung verbreitet, die Verbrechen der NS-Zeit zu verdrängen.

Es ist ein bedrückender Skandal, dass Rechtsradikale jahrelang geradezu freie Hand zu ihren Mordtaten hatten und die Aufklärung dieser Verbrechen von staatlicher Seite behindert wurde.

Wenn es eine Lehre aus der Geschichte gibt, dann ist es diese: Was einmal geschah, wozu Menschen einmal fähig waren, das kann immer auch wieder geschehen.

„Wir wissen, wie ungeheuer anfällig Menschen sind für große Worte und wie anfällig leider auch vielleicht junge Menschen sein können, die in einer scheinbar inhaltslos gewordenen Welt nun plötzlich nach den Dingen greifen und möglicherweise wieder einem Rattenfängern auf den Leim gehen“.
Diese Befürchtungen sind heute noch so berechtigt wie 1964, als sie Fritz Bauer, der Initiator des Auschwitz-Prozesses, ausgesprochen hat.

Bild fehlt
Novemberprogramm ca. A3

Eine Ausstellung der „AG Geschichte und Erinnerung. Initiative zum Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ in Frankfurt-Höchst

Inhalt und Konzept: Dr. Helga Krohn
Gestaltung: Günter Maniewski, Frankfurt

Wir danken für finanzielle Unterstützung:

CDU Höchst /Unterliederbach
DIE LINKE Höchst und westliche Stadtteile
Ev. Kirchengemeinde Höchst
Ev. Regenbogengemeinde Sossenheim
Die Grünen im Frankfurter Westen
Hessisches Ministerium für Wissenschaft und Kunst
Höchster Bildungsschuppen
Infraserv
Kath. Gemeinde St. Josef
SPD Ortsverein Höchst
Volksbank Höchst

Wir danken auch privaten Spendern, besonders Bruce Pitt, dem Enkel von Ludwig und Paula Nachmann und Neffen von Hertha Nachmann, für die 2013 Stolpersteine verlegt wurden.